

Globale Verantwortung in Baden-Württemberg leben

Grundlegendes

Entwicklungszusammenarbeit heute heißt, **globale Verantwortung in internationalen Partnerschaften** zu übernehmen und hier in Baden-Württemberg sozial, ökologisch und gerecht zu handeln. Nur so leben wir nicht auf Kosten anderer. Nur so kann Baden-Württemberg seine Verpflichtungen für die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) erfüllen. Das gilt ganz besonders beim Klimaschutz.

Mit der **Initiative Afrika im Blick** zeigt Baden-Württemberg, wie globale Verantwortung konkret wird: Afrika ist unser Nachbarkontinent. Kein Erdteil ist jünger und dynamischer. Dort entscheidet sich, ob eine nachhaltige Entwicklung glückt und wir die Ziele der Agenda 2030 erfüllen werden. Die über Jahrzehnte gewachsene Partnerschaft Baden-Württembergs mit Burundi belegt, dass Austausch auf Augenhöhe trotz kolonialer Vergangenheit möglich ist.

Unsere wichtigsten Forderungen

Globale Verantwortung umsetzen

Baden-Württemberg braucht eine klare Zuständigkeit für globale Verantwortung in der Leitung des Staatsministeriums. Dieses Referat muss dafür Sorge tragen, dass wir in Baden-Württemberg bis 2030 gemeinsam die Weltnachhaltigkeitsziele erreichen. Zugleich sollte es allen engagierten Bürgern und Organisationen, Kommunen und Kirchen, Schulen und Hochschulen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft als Partner dienen. Denn die Agenda 2030 ist eine Gemeinschaftsaufgabe: für alle Ressorts und für alle gesellschaftlichen Akteure.

Eine effiziente, erfahrene und erfolgreiche Basis macht die Entwicklungspolitik im Land aus. Sie nach dem Grundsatz der Subsidiarität zu stärken ist oberstes Gebot.

Engagement fördern

- Die Pfeiler der Engagement-Förderung **bwirkt!, Welt:Bürger gefragt!** und **Eine-Welt-Promotor*innen-Programm** müssen entsprechend der Agenda 2030 ausgebaut werden.
- Die Netzwerke und Zentren des Engagements* müssen gestärkt werden.
- Zentrale, angemessen ausgestattete politische Koordination im Staatsministerium! Nur so wird Entwicklungspolitik glaubwürdig eine Querschnittsaufgabe.
- Umsetzung der Kernempfehlungen von **Afrika im Blick!** Hier wird globale Verantwortung in den internationalen Beziehungen konkret.

*AG Entwicklungspolitik der kommunalen Spitzenverbände, kirchliches Bündnis für Klimagerechtigkeit, Netzwerk Junges Engagement beim Landesjugendring, Partnerschafts- und Burundi-Zentrum bei der SEZ, migrantisches Netzwerk beim Forum der Kulturen, Entwicklungspolitisches Hochschulnetzwerk Baden-Württemberg, Schulnetzwerk Bildung für Nachhaltige Entwicklung etc., Plattformen Future Fashion und Fair Handeln

Globale Verantwortung in Baden-Württemberg leben

Verstehen und lernen!

Bildung, Wissenschaft & Junges Engagement

Netzwerke der schulischen und außerschulischen Bildung, Hochschulen und Universitäten sowie das »Netzwerk Junges Engagement« sind Ressource und Wissensträger für die Umsetzung globaler Verantwortung und der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs). Baden-Württemberg nutzt dieses Potenzial bislang nicht genügend.

- **Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen (GL)** sind zentrale Werkzeuge und Ressource für die Umsetzung der SDGs. Denn BNE und GL stärken die Kompetenzen junger Menschen für die Mitgestaltung einer weltoffenen, solidarischen, friedlichen und zukunftsfähigen Gesellschaft in Baden-Württemberg.

- **Wissenschaft und Hochschulen** entwickeln wissenschaftsbasierte Lösungen globaler Zukunftsprobleme und bilden die nächsten Generationen aus.
- Eine Bündelung und Stärkung von Nord-Südpartnerschaften in Bildung und Wissenschaft ist notwendig, um gemeinsam Lösungen erarbeiten zu können.
- **Junge Menschen** wollen globale Verantwortung übernehmen: hier und in Partnerschaften mit dem Globalen Süden. Das vielfältige junge Engagement in Baden-Württemberg muss vernetzt und zusammengeführt werden – auch mit den Themen Klimagerechtigkeit und soziale und politische Teilhabe.
- Klimagerechtigkeit, Rassismus und Dekolonisierung der Partnerschaften mit afrikanischen Ländern müssen zentrale Themen in Wissenschaft und Bildung werden.

Unsere wichtigsten Forderungen

- Das Land soll die **Gesamtstrategie Bildung für Nachhaltige Entwicklung** rasch vollenden und für die Umsetzung entsprechende Ressourcen bereitstellen (insbesondere zur Koordination aller Akteure und Angebote des Globalen Lernens).
- Der **Nachhaltigkeitsbeschluss der Hochschulrektorenkonferenz** von 2018 soll umgesetzt werden: Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 muss strukturell an allen Hochschulen in Forschung, Lehre und Verwaltung verankert sein.

- Baden-württembergische Studierende, Wissenschaftler und Hochschulen brauchen mehr Fördermöglichkeiten bei Kooperationen mit dem Globalen Süden (z.B. Seed-Money-Ausschreibungen). Das ist auch eine große Chance für die Landespartnerschaft mit Burundi.

- Engagierte junge Menschen brauchen innovative Möglichkeiten, um sich an der Umsetzung der Agenda 2030 zu beteiligen und sich für globale Verantwortung zu vernetzen. Dafür braucht es eine:n **Eine-Welt-Promotor:in für das junge Engagement**.
- Rassismus, Dekolonisierung und Diversität müssen zentrale Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung werden. Die **Namibia-Initiative** muss auf Burundi ausgeweitet werden und ihr Spektrum um Rassismus, Dekolonisierung und Diversität erweitern, indem sie diese zu zentralen Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung macht.

Globale Verantwortung in Baden-Württemberg leben Migrantisches Engagement ist unverzichtbar!

Diversität der Akteure für globale Verantwortung stärken

Wissen, Expertise und Ressourcen von Migrant:innen sind zentral, um globale Herausforderungen zu erkennen und Lösungen zu entwickeln. Diese reichen von Rücküberweisungen bis zu interkultureller Kompetenz. Migrantisches Engagement für Entwicklung bedeutet, globale Verantwortung von Baden-Württemberg aus zu übernehmen.

Dekolonisierung unserer Partnerschaften und die Analyse, wie Rassismus und Machtstrukturen mit globalen Ungerechtigkeiten zusammenhängen, muss Kernkompetenz der Politik sein. Nur so können gemeinsam Lösungen für eine global nachhaltige Entwicklung gefunden werden. Die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte in Baden-Württemberg gemeinsam mit Menschen, die in den ehemaligen Kolonien verwurzelt sind, ist ein wichtiger erster Schritt.

Unsere wichtigsten Forderungen

- Migrantische Strukturen müssen sichtbar gemacht, unterstützt und ausgebaut werden. Das **Kompetenzzentrum Migration und Entwicklung beim Forum der Kulturen** soll in Ergänzung zum **Kompetenzzentrum Burundi** als Struktur und Vernetzungspunkt für dieses Themenfeld gestärkt werden.
- Das neu geschaffene **Interkulturelle Promotor:innenprogramm** muss verstetigt werden. Es bildet die dringend notwendige Brücke zwischen Integration und globaler Verantwortung. Ohne finanzielle Unterstützung ist der Zugang zu Strukturen und die aktive Teilhabe an Entscheidungsprozessen nur schwer möglich.
- Die **Analyse, wie Rassismus und Machtstrukturen** mit globalen Ungerechtigkeiten zusammenhängen, muss Kernkompetenz der Entwicklungspolitik werden. Nur wer den in der Kolonialzeit verinnerlichten Rassismus und die Abhängigkeiten kennt, die zwischen Nord und Süd in dieser Zeit entstanden sind und die bis heute die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen stark prägen, kann global verantwortungsvoll handeln.
- Baden-Württemberg soll einen **Landesaktionsplan gegen Rassismus** erstellen und damit die Auseinandersetzung mit Rassismus und der Kolonialgeschichte vorantreiben.
- Baden-Württemberg soll die **Initiative »Koloniale Verantwortung«** dahingehend ausweiten.

Globale Verantwortung in Baden-Württemberg leben

Global verantwortliches Wirtschaften stärken!

Baden-Württemberg muss **Vorreiter für global verantwortliches Wirtschaften** werden. Das Land erkennt an, dass unser wirtschaftliches Handeln hier Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die Umwelt in Ländern des Globalen Südens hat.

Baden-Württemberg bringt sich aktiv ein, die **Lieferketten und Handelsbeziehungen** der Unternehmen im Land global verantwortlich zu gestalten.

Die durch den globalen Norden verstärkte Klimaerwärmung stellt den Globalen Süden vor enorme Herausforderungen. Es benötigt eine **sozial-ökologische Transformation** der baden-württembergischen Wirtschaft, die globale Auswirkungen berücksichtigt.

Unsere wichtigsten Forderungen

- Baden-Württemberg führt einen **aktiven Dialog mit Wirtschaft und Verbraucher:innen**. Die Agenda 2030 spricht von der sozial-ökologischen Transformation. Dafür ist eine ergebnisoffene Dialogplattform notwendig, auf der globale Folgen von Produktion und Handel diskutiert und Lösungen entwickelt werden.
- Die Landesregierung braucht ein **klares Konzept für globale Verantwortung**, wie sie beim eigenen wirtschaftlichen Handeln eine gesellschaftliche **Vorbildfunktion** einnehmen will. Das betrifft insbesondere die nachhaltige Beschaffung sowie die Klima- und Gemeinwohlbilanzierung von Landesunternehmen.
- Migrantische Unternehmer:innen bieten zentrale Expertise und bilden eine Brücke in ihre Heimatländer. Sie benötigen als Partner der Wirtschaft klar definierte Ansprechpartner und Fördermöglichkeiten. Das **Forum Global Partnership for African Development (GPAD)** ist hierfür eine ideale Plattform. Gerechte Handelsbeziehungen, nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcengerechtigkeit können nur durch Kooperation mit Südpartner:innen erreicht werden.
- Die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung benötigen einen nachhaltigen Perspektivwechsel. Beim Dialog über nachhaltige Produktionsformen soll den Partnern aus dem globalen Süden eine starke Rolle zukommen.
- Das Land soll den **Förderschwerpunkt sozial-ökologische Innovationen** einrichten: für Sozialunternehmertum, für Fairen Handel und für nachhaltige Textilien. Viele Start-Ups, deren Geschäftsmodelle auf sozialen und ökologischen Mehrwert zielen, übernehmen in Baden-Württemberg bereits heute globale Verantwortung vor Ort und weltweit.

Kontakt

Geschäftsstelle des Rats für Entwicklungszusammenarbeit (REZ)
Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ)
Werastraße 24
70182 Stuttgart

Telefon 0711 21029-0
Telefax 0711 21029-50
rez@sez.de
www.sez.de/themen/weltbuerger-gefragt